

## Haushaltsrede 2018 zum Haushalt 2019

Nach vielen Jahren der Haushaltsicherungsmaßnahmen konnte uns die Kämmerei / Verwaltung mit dem Haushaltentwurf 2018 einen fast ausgeglichenen Plan vorlegen. Uff!!

Was waren das für Herausforderungen an die Verwaltung, das Personal aller Fachbereiche und den Rat! Uns war fast allen von Anfang an klar, dass es nur gemeinsam zu schaffen ist.

Allein der Abbau von über **80 Mio. € Altschulden** in den letzten **5 Jahren** - danke, liebe Kämmerei!!

Gespannt sind wir auch über die Weiterentwicklung des Altschuldenabbaus, der jetzt im Landtag auf den Weg gebracht werden soll. Klingt erstmal nach einem Ansatz auf Augenhöhe zur Basis.

Selbstverständlich kostete es auch viel:

- Viele freiwillige Leistungen mussten gestrichen werden
- Viele Arbeiten bleiben liegen
- In einigen Büros stapeln sich die zu bearbeitenden Akten nicht nur tischdeckend und sehr hoch
- Der Krankenstand ist gestiegen

Und noch einiges mehr. Alles hier aufzuführen wäre Zeitrahmen sprengend. Aber wir hatten kaum die Wahl.

So beschlossen wir gemeinsam 2012 die Wiederbesetzungssperre von 1 Jahr, Ausnahmen mussten natürlich auch gemeinsam beschlossen werden.

Nicht zuletzt die Erfahrung daraus machte deutlich, dass wir da den Beschluss nach 6 Jahren und der guten finanziellen Entwicklung aufheben sollten.

Wenn nach 1 Jahr Wiederbesetzungssperre die Stelle neu besetzt wird, bringt es durch die (unbegleitete) Einarbeitungszeit ein Minus von ca. 280 Tsd. €. Die Summe muss dann mindestens von der Einsparung abgezogen werden. Und auch bei ( steigenden ) Krankenständen des Personals wäre die Einführung von Springerstellen überlegenswert.

Das macht auch der Personalrat deutlich.

Wenn diese Forderungen nun zu den Punkten gehören, die von der Verwaltung innerhalb des kommenden Halbjahres überprüft werden soll, wirkt es zunächst auch recht konstruktiv. Andererseits kostet jede „Überprüfung“ auch Personalkapazität und Zeit. **Und das Ergebnis ist hoffentlich nicht vorher mitgegeben!**

Die Auswirkungen zeigen sich nicht zuletzt auch im HFA erwähnten Bereichen wie Ordnungsamt (-4 Stellen) , Hauptamt, Bauordnungsamt - sondern auch bei Jugendhilfe, Sozialamt und Schulverwaltung. Um nur einige zu nennen.

Wir hoffen, dass wir letztlich auch im Sinne der MitarbeiterInnen der Verwaltung und der Ihnen zugeteilten Aufgaben gemeinsam an einem Strang ziehen!

Denn Fakt ist auch, dass die 2012 beschlossenen 5% Einsparungen im Stellenplan sozusagen die Wiederbesetzungssperre nicht bedürfen, denn allein schon durch die Krankenstände kommen wir den 5 % nahe. **Das** kann und darf ja nicht unser Ziel sein!

Auch die Erfahrung, dass immer mehr Personalstellen nicht wie gewünscht besetzt werden können, weil der Stellenmarkt leer zu sein scheint, kann ja nicht zu einer Verlängerung der Wiederbesetzungssperre motivieren!

Dass wir jetzt mit der neuen Landesregierung wieder von neuen Projekten und Fördertöpfen hören ist allerdings auch etwas sonderbar. So z. B. der Titel **Talentschule**.

Ein Fördertopf für wenige Schulen im Lande, für den man sich bewerben muss.

Was bringt er mit? Fachpersonal und finanzielle Mittel für bedarfsgerechte Umbauten und Anschaffungen, wie sie einmal geplant und beschlossen worden sind für die Inklusion und davor für Gesamtschulen/eine Schule für alle!

**Warum kann nicht die Landesregierung – unter welcher Fahne auch immer – zuverlässig auch für die Kommunen und damit für alle – zu allen integrierten Systemen stehen ?**

Möglicherweise blicken auch die Verantwortlichen in der Landespolitik nicht mehr ganz durch.

Aber die Eltern? Und Kinder? Und die Kommunen bauen bzw. planen dann natürlich immer wieder neue bzw. andere Schulbauten, planen neue bzw. andere Schülertransporte etc. .

Von guten Investitionen für die Kinder - Kindergarten, Schule und Ausbildung – profitiert die Gesellschaft, wir alle!

Die Landespolitik muss mehr Geld auch an die Kommunen verteilen und nicht nur die Verantwortung weitergeben wie z.B. für UVG. Auch Mittel aus der Bundespolitik müssten endlich an die Basis – den Kommunen – weitergereicht werden!

Gerade wird auch viel investiert in Straßenbau in versch. Stadtteilen, Glasfaserausbau und einigen anderen größeren Projekten. Parallel an der Autobahn schon seit langem. Überraschend dazu gestern der Zeitungsartikel, dass auch auf den Kreisstraßen und damit an 9 Brückenobjekten im Kreis ein hoher Sanierungsbestand besteht. Und einer auch in Dorsten.

Aber nicht alles ist ähnlich: Die Entscheidung Kreishaus Neubau und Rathaus Neubau ist nicht zu vergleichen bzw. in einen Topf zu werfen!

Aber das ist uns natürlich hier allen bewußt, wir haben uns ja auch nicht nur mit den Gutachten dazu beschäftigt, sondern auch in unser - etwas älteres – Rathaus mehrfach investiert und erhalten es auch weiter.

2009 wurde die Baumschutzsatzung von CDU und FDP gefällt. Seitdem warten wir auf notwendige Folgemaßnahmen. Trotz mehrfacher Erinnerung:

Welche Bäume halten den veränderten Klimabedingungen stand?

Wo sollten Bäume nachgepflanzt, wo besonders erhalten werden?

Wir erlebten in diesem Jahr einen besonders heißen und langen Sommer und wenig Niederschlag, was zu interessanten Folgen führte. Viele Bäume sind auch daran erkrankt und mussten gefällt werden. So auch die „urdeutsche“ Eiche vielfach.

Was können wir – BürgerInnen, Stadtverwaltung ? – dagegen tun? ????

Immer mehr Vorgärten und mehr in Steinwüsten verwandeln?

Einfach noch mehr Bäume fällen, damit nicht so viele – IIIH! – Blätter rumfliegen?

Auch dafür braucht es ein Konzept, konstruktive Überlegungen.

Lasst uns das endlich gemeinsam angehen! Bevor es möglicherweise im nächsten Jahr vorrangig um den nächsten Wahlkampfauftakt geht. Wenn wir dann den HH für evtl. 2 Jahre verabschieden werden.

Gehen wir hoffentlich weiter den Weg gemeinsam - auch mit selbstverständlichen Diskussionen und Austausch und spiegeln an unsere Mitmenschen auch in Dorsten:

**Gemeinsam mit Respekt und Menschenwürde für eine gute lebendige Demokratie eintreten!**